

Handelsverband und Greenpeace kämpfen gegen Chinas Online-Riesen!

Handelsverband und Greenpeace fordern am 30.04.2025 Maßnahmen gegen asiatische Online-Plattformen wie Temu und Shein, um Handel, Umwelt und Verbraucher zu schützen.

Vienna, Österreich - In einem gemeinsamen Appell haben der Handelsverband und Greenpeace weitreichende Maßnahmen gegen die chinesischen Onlinehandel-Plattformen Temu, Shein und AliExpress gefordert. Dieser Schritt kommt nicht von ungefähr: Die Paketflut aus Asien belastet nicht nur die europäischen Händler, sondern auch Verbraucher und die Umwelt. Handelsverband-Geschäftsführer Rainer Will äußert Bedenken über die Qualität und Sicherheit von Billigprodukten, die häufig gefährliche Chemikalien enthalten. Das Thema erhält zusätzliche Dringlichkeit, da Amazon nach wie vor der führende Onlinehändler in Österreich ist, während Temu und Shein die Plätze 4 und 9 im Online-Umsatz belegen, wie **vienna.at** berichtet.

Im Jahr 2024 wurden in Europa insgesamt 4,6 Milliarden Pakete mit einem Wert von unter 150 Euro aus Fernost geliefert, von denen zwei Drittel falsch deklariert sind. Diese Praxis führt laut dem Handelsverband zu einem erheblichen Umsatzentgang von 4,5 Milliarden Euro für den heimischen Handel. Besonders betroffen sind die Innenstädte, die unter einem Leerstand von 15 Prozent leiden, während der öffentlichen Hand 750 Millionen Euro an Mehrwertsteuer entgehen. Die beiden Organisationen kritisieren, dass die Plattformen insbesondere durch ihr aggressives Marketing und Dumpingpreise vom mangelnden EU-Rechtsvollzug profitieren und damit europäische Händler

benachteiligen. Greenpeace und der Handelsverband warnen, dass diese Praktiken nicht nur den fairen Wettbewerb gefährden, sondern auch die Gesundheit und Sicherheitsstandards unterminieren, wie **OTS** weiter ausführt.

Vier-Punkte-Plan für faire Handelsbedingungen

Um dem entgegenzuwirken, legen Greenpeace und der Handelsverband einen 4-Punkte-Plan vor:

- Senkung der Zollfreigrenze von 150 Euro auf 0 Euro, da die Mehrheit der Pakete falsch deklariert ist.
- Erhöhung der Ressourcen für Zollbehörden und Implementierung strengerer Importkontrollen, um die Sicherheit von Produkten zu gewährleisten.
- Einführung einer Paketabgabe auf unverzollte B2C-Sendungen von Drittstaaten, um Steuerbetrug zu bekämpfen und Umweltkosten zu berücksichtigen.
- Ermöglichung einer temporären Sperre der Plattformen bei wiederholtem Rechtsbruch, da viele Waren massive Sicherheitsmängel aufweisen.

Der Handelsverband weist darauf hin, dass österreichische Händler sich an Gesetze halten und zertifizierte Waren importieren müssen, während Käufer aus dem Ausland oft in einen rechtlichen Graubereich geraten. Ursula Bittner von Greenpeace fordert ernsthafte Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz im digitalen Handel. Die gesundheitlichen Risiken, die von Produkten dieser Plattformen ausgehen, wurden bereits in verschiedenen Medienberichten thematisiert. So berichtete der Schweizer Fernsehsender SRF über mangelhafte Qualität von Sonnencremes von Temu, und die Deutsche Stiftung Warentest warnte vor dem Risiko, Elektroschrott zu importieren, wie auch **Krone** dokumentiert.

Regierungen auf europäischer Ebene

gefordert

Die Problematik muss aus Sicht der Beteiligten auf EU-Ebene gelöst werden. Sozial- und Gesundheitsministerin Korinna Schumann und Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer haben die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Sicherstellung der Produktunbedenklichkeit unterstrichen. Schumann bekräftigt, dass Billigwarenlieferungen ein bedeutendes Problem darstellen. Es bleibt abzuwarten, wie die vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt werden und ob sie tatsächlich zu einer gerechteren Handelsumgebung führen können.

Details	
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	• www.vienna.at • www.ots.at • www.krone.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at